

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 836 880

P/XVI/207 - 13. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Die Chancen der SPD sind gut

61

Das deutsche Volk erachtet eine neue Führung

Von Erich Glienke

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3 - 5.

Enttäuschung für Baubauer

73

Die Baulandpreise sind gestiegen, nicht gesunken

Von Dr. Julius Ercelt, MdB

6

Pannen, Pannen, Pannen...

39

CDU-Verwirrung in Prozenten und auf dem Bildschirm

7

Walter Menzel - 60 Jahre

43

Hüter der Verfassung

8

Moral mit doppeltem Boden

39

DFU und DRP reichen sich die Hände

\* \* \*  
\* \*

Die Chancen der SPD sind gut

Das deutsche Volk braucht eine neue Führung  
Von Erich Ollenhauer

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Chancen der SPD, bei den Wahlen zum vierten Deutschen Bundestag einen wirklichen Erfolg zu erzielen, sind gut. Entscheidende Schichten der Bevölkerung der Bundesrepublik sind zu der fundierten Überzeugung gelangt, dass es aus innen- und aussenpolitischen Gründen notwendig geworden ist, die politische und personelle Führung des Staates grundlegend zu ändern.

Dieser Eindruck ist seit dem 13. August, dem Tage des Gewalttreiches den Chruschtschow und Ulbricht gegen Berlin führten, auch in Bevölkerungsgruppen beherrschend geworden, die bisher aus vielerlei Gründen ihre Stimme weniger der CDU/CSU als Herrn Adenauer gegeben hätten. Herr Adenauer ist der grossen Bewährungsprobe vom 13. August und später nicht gewachsen gewesen, und er hat durch sein Verhalten deutlich genug gemacht, dass er nur ein Parteitaktiker und Wahlmanager ist.

Die zweifellos schweren Zeiten, die wir Deutschen im Zeichen der endgültigen auf uns zukommenden Liquidierung des zweiten Weltkrieges zu bewältigen haben werden, verlangen aber andere politische Kräfte, andere politische Konzeptionen und andere Männer. Die CDU/CSU, die im Falle eines neuen Wahlerfolgs nach den Aussagen des Kanzler-Intimus v. Eckardt den greisen Kanzler schon kurze Zeit nach dem 17. September aus der Position des Regierungschefs zurückziehen will, hat nichts dergleichen anzubieten: weder die Kräfte, noch die Konzeption noch die Männer. Machtpolitiker wie Herr Strause sind keine Antwort auf die Fragen, die uns als Volk von einer Welt gestellt werden, die weiss, dass das Deutschland- und Berlin-Problem bald gelöst werden muss, damit diese Zeitbombe der West-Ost-Differenzen mit freiwilliger Zustimmung aller Beteiligten im Interesse der Erhaltung und der Festigung des Weltfriedens endlich entschärft werden kann.

Die SPD ist in der glücklichen Lage, der Bundesbevölkerung und den 37 Millionen Wählerinnen und Wählern vom 17. September die heute unumgängliche Alternative anbieten zu können. Die internationale politische Lage hat unbestreitbar klar gemacht, dass wir Sozialdemokraten auf dem richtigen Wege waren und sind.

- \* Unsere Parole, dass nur ernsthaft gewollte Verhandlungen die Welt vor der Katastrophe retten können und werden, ist das allseitig anerkannte Leitwort der internationalen Politik geworden. Wir Sozialdemokraten wollen Verhandlungen zwischen West und Ost nicht als Kapitulation, sondern als die einzig mögliche Antwort, wenn nicht geschossen werden soll.
- \* Die SPD ist die Partei des Friedens, und sie ist die Partei, die entschlossen die Forderung nach Selbstbestimmung auch des ganzen deutschen Volkes vertritt, weil Gerechtigkeit auch für uns Deutsche ein entscheidendes Element dieses Weltfriedens ist.

Die SPD ist auch die Partei der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, und sie ist die Partei des kulturellen Fortschritts und der geistigen Freiheit. Die innenpolitische Position der CDU/CSU ist in krassen Egoismus und in konservativem Materialismus erstarrt, sie kann auch hier keine Antwort auf die neuen Fragen geben.

Die Sozialdemokratische Partei präsentiert dem Bundesvolk als Bundeskanzler auch den Mann, der uns Deutschen und aller Welt bewiesen hat, dass er besonnen, vernünftig, mutig und entschlossen reagieren und agieren kann, wenn die Zeit und das Geschehen es erfordern. Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt hat sich dem deutschen Volk als wirklicher Politiker und wahrer Staatsmann dokumentiert. Ihm gilt das Vertrauen der ganzen SPD, ihm gilt das Vertrauen seiner Berliner, und er verdient das Vertrauen der Bevölkerung der Bundesrepublik.

Die Chancen der SPD für den 17. September sind so gut und fundiert, dass die SPD einen wirklichen Erfolg erzielen wird. Der neue Bundeskanzler muss und wird Willy Brandt heißen!

### Enttäuschung für Bausparer

Von Dr. Julius Brecht, M d B

Trotz aller Beruhigungspillen muss jetzt, fünfviertel Jahre nach der Verkündung des Bundesbaugesetzes festgestellt werden, dass die Baulandpreise nicht gefallen, auch nicht auf angemessene "oder gerechte" Preise zurückgeführt worden sind. Die Baulandpreise sind an fast allen Orten ganz erheblich weiter gestiegen. Es können natürlich stets einige wenige Beispiele als falsche Paradepferde vorgezeigt werden, wo die Preissteigerung nicht mehr so umfangreich war. Das sind aber seltene Ausnahmen und Sonderfälle. Für die überwiegende Mehrzahl aller Städte und Großstädte und aller Orte in den Ballungsgebieten oder in 50 und 100 km-Entfernung davon ist es einfach nicht wahr, dass die Preissteigerungen nur die ehemaligen "Schwarzmarktpreise" ausgemacht haben. Die Schwarzmarktpreise lagen meist "nur" um ca. 40 - 100 Prozent über den alten Stoppreisen, die jetzigen Baulandpreise gehen an fast allen Orten weit darüber hinaus und sie liegen meist bei 300 bis 500 Prozent über dem alten Stoppreis, gehen aber auch in den Ballungsgebieten weit darüber hinaus, selbst bis 1000 Prozent. Die SPD-Fraktion des Bundestages hat also Anfang dieses Jahres mit ihrer Grossen Anfrage und der Debatte im Bundestag keinen blinden Alarm geschlagen, sondern rechtzeitig und nachdrücklich auf die schweren Gefahren hingewiesen, die aus der fortgesetzten Steigerung der Bodenpreise und der Bodenspekulation drohten!

### Unwirksame Gegenmittel

Inzwischen hätten die Mittelchen, die die Bundesregierung als einzige Helfer gegen die Bodenspekulation vorgesehen hat, längst wirken müssen, wenn sie eben gegen dieses soziale Krebsübel unserer Zeit überhaupt wirksam wären! Dass sie es nicht sind, hat die SPD-Bundestagsfraktion mit harter Kritik und grossem Bedauern von Anfang an angekündigt. Dagegen kann sich die Regierung jetzt nicht damit herausreden, dass sie an die Gemeinden appelliert, sie selbst diese sog. "Maßnahmen", die in Wirklichkeit keine sind, ihrerseits auszuheilen. Selbstverständlich handeln die Gemeinden danach, denn sie haben an der Erschwernis des Bauens und des Eigenheimbaues gar kein Interesse. Die frühzeitig vorbereitende Erschliessung grosser neuer Baugelände braucht aber für die rechtliche und wirtschaftliche Durchführung lange Zeit, sie

ist ausserdem finanziell in vielen Gemeinden beengt, da die Bundesregierung eine kommunale Finanzreform nicht durchgeführt und den Gemeinden sogar die finanzielle Position sehr erschwert hat. Es kann auch von den Gemeinden gar nicht erwartet werden, dass sie jetzt allein die Versäumnisse und die Mängel der Bundespolitik und der Bundesgesetze ausbessern. Die Baulandsteuer ist in ihrer Grundkonzeption völlig unzureichend, so dass auch eine Erhöhung der gemeindlichen Hebesätze gerade die Grundstücke und Gebiete überhaupt nicht trifft, wo die Bodenpreissteigerungen und die Bauland Spekulation ansetzen und wo sie sich am meisten austoben, nämlich in den noch nicht erschlossenen Aussengebieten, im sog. Bauerwartungsland.

#### Baulandaktion - ein glatter Versager

Ebenso wie die Baulandsteuer und die sonstigen Mittelchen des Bundeshaushalts gegenüber Bodenspekulation und Baulandwucher unwirksam geblieben sind, ist auch die mit grossem Tantan angekündigte Baulandaktion des Bundes ein glatter Versager. Alle Kundigen wissen, dass an den Brennpunkten des Baulandbedarfs dabei gar nichts herauskommt wird. Die Grundstücke liegen zum Teil ganz anderswo oder sie sind und bleiben noch lange Zeit für Zwecke der Bundeswehr blockiert. Die Aktion ist völlig wirkungslos verpufft. Sie hätte nur etwas erreicht, wenn sie schnell und zügig und in einem viel grösseren Ausmass eingesetzt worden wäre, wie die SPD dies in ihrem Antrag befristet gefordert hat. Von einer Baulandabgabe von 8000 ha, mit der früher von Regierungsseite propagandistisch operiert worden ist, kann längst nicht mehr gesprochen werden, aber selbst 4000 bis 5000 ha stehen für einen sofortigen und damit wirksamen Einsatz nicht zur Verfügung. Obwohl zahlreiche Anträge von interessierten Bauherren gestellt sind, wird darüber nicht in der gebotenen aussergewöhnlichen Dringlichkeit entschieden, sofern die Grundstücke nicht weiterhin blockiert bleiben.

Es werden im Laufe dieses Jahres aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr Grundstücke aus Bundesbesitz abgegeben werden, als auch sonst im gerahmten normalen Baulandgeschäft herausgegeben wären. Das wissen die Bauland Spekulant und die Grundstückbesitzer längst. Sie brauchen nicht zu befürchten, dass ihre Preiserwartungen durch diese Propaganda-Aktion irgendwie betroffen werden. Sie können deshalb ruhig zuwarten und bekommen ihre weitere spekulative Zurückhaltung demnächst gut bezahlt.

### Vergebliche Warnungen

Die Enttäuschung bei vielen Bausparern und Eigenheimanwörtern und anderen Bauherren, dass aus dieser Baulandaktion etwas herauskommen werde, ist gross. Sie wird allenthalben offenkundig. Inzwischen hat das Wohnungsbau-Ministerium auch noch in einer Verordnung über Grundsätze zur Ermittlung des Verkehrswertes von Grundstücken, die gegebenen Chancen zerstört, von der Bewertungsseite aus auf eine Senkung der Bodenpreise nachhaltig hinzuwirken.

Diese jetzt verkündeten Grundsätze werden auch für die künftige Arbeit der Gutachterausschüsse wichtig sein, auf die der Wohnungsbau-minister in seiner Propaganda immer so grosse Erwartungen setzt, obwohl ihre Funktion sicherlich erst in zwei bis drei Jahren wirksam werden kann. In den Bewertungsverfahren soll nicht in erster Linie vom Ertragswert oder vom objektiven Sachwert ausgegangen werden, wie dies auch im Realkredit seit Jahrzehnten mit Erfolg praktiziert wird, sondern es sollen in erster Linie die Kaufpreise geeigneter Vergleichsgrundstücke herangezogen werden.

- \* Das heisst praktisch, dass für die Bewertung eines Grundstückes
- \* die bereits durch Bodenspekulation und Bodensurückhaltung hochge-
- \* triebenen Preise andere Grundstücke als Vergleichsmaßstab gelten
- \* sollen. Dadurch kann man sogar die Preisentwicklung ganzer Gebiete
- \* und einzelner Grundstücke geschickt nach oben manipulieren.

Die Verbände und Organisationen des Realkredits und der Wohnungswirtschaft haben vor diesem Schritt vergeblich gewarnt. Das Bundesbaugesetz hätte durchaus die rechtliche Handhabe geset, Bestimmungen für die Bewertung zu treffen, die preissenkend gewirkt hätten. Das ist jetzt versäumt worden und demgegenüber sind die Interessen der Bodenspekulation erneut zum Zuge gekommen.

### Sparverträge schmelzen dahin

Die Leidtragenden und Betroffenen dieser Entwicklung sind die Bausparer, die Bauherren und die Eigenheimanwärter. Die Zahl der Bausparer, die bereits mit ihren Darlehensverträgen zugeteilt worden sind, aber nicht zum Bauen kommen, weil sie kein Grundstück bekommen oder nur zu einem hohen Preis, geht in die Tausende. Vielen Anwörtern auf ein Eigenheim schmilzen die Sparverträge und Sparopfer unter der sengenden Glut der immer höher gehenden Bodenpreise dahin! Nicht die SPD oder die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind Gegner des Eigenheimbaues und einer Vermehrung der Familienheime. Die grössten Gegner des Eigenheimbaues sind vielmehr alle diejenigen Personen, Parteien und Institutionen die nichts oder nichts Wirksames gegen die Bodenspekulation, gegen die fortgesetzten Steigerungen der Baulandspreise und gegen den immer mehr um sich greifenden Bodenwucher tun.

Pannen, Pannen, Pannen ...

Die CDU/CSU ist, je näher der Wahltag heranrückt, immer mehr aus dem Trittbrettl gekommen. Jahrlang haben wir alle in den Claqueurs geglaubt, die CDU/CSU habe 1957 bei den letzten Bundestagswahlen die absolute Mehrheit errungen. Wer das vergass, der hatte Gelegenheit es jedes Jahr im Statistischen Jahrbuch nachzulesen. In der Rubrik - Bundestagswahlergebnisse - wurde der Stimmenanteil der CDU/CSU immer mit 50,2 Prozent angegeben. Plötzlich ist das anders geworden. Vor dem 5. Sonderdruck des Bundesamtes für Statistik, der für die Bundestagswahl 1961 zu Vergleichszwecken herausgegeben worden ist, nachliest, der wird zu seinem Erstaunen feststellen, dass die CDU/CSU plötzlich nur noch mit 49,8 Prozent rangiert. Wo ist die absolute Mehrheit geblieben? Eine Fussnote klärt darüber auf. Denn auf einmal gilt die damalige Listenverbindung zwischen CSU in Bayern und der kurzlebigen CSU an der Saar, die immerhin zwei Mandate eingebracht hat, nicht mehr.

Ist plötzlich ein Statistiker zu "besseren Einsichten" gekommen? Wahrscheinlicher ist, dass es einen Wink von oben gegeben hat. Da man mit Verlusten rechnet, wollte man jetzt auf einmal das niedrige Ergebnis haben, damit der Verlust nachher bei den Vergleichen nicht zu augenfällig wird. Im Grunde genommen sind das nur Kunststückchen, aber sie sind nicht gekannt und sie zeugen nur von Herbesität.

\* \* \*

In der Dienstag-Fernsehsendung des Herrn von Hassel klappte es auch nicht. Wollte man den Fernsehregisseur Wilhelm kopieren, der in seinen Opern-Inzenzierungen Spieler und Sänger auch trennte? Da Wilhelm etwas von seinem Handwerk versteht, klappt die Synchronisation. Da von Hassel auf diesem Gebiet unerfahren ist, mussten die Leute bereits nach den ersten Sätzen lachen, denn Mundbewegungen und Sprache gingen heillos durcheinander.

Und dann platzte auch noch die Sendung, und auf dem Bildschirm erschien die Zeile: "Die Sendung ist leider gestört." Da das Fernsehen neutral sein muss, konnte es nichts anderes schreiben. Politisch richtiger aber wäre es gewesen: die ganze CDU ist verstopft.

PS.: Oder liegt hier ein ganz raffiniertes Trick der CDU vor, die die Störung absichtlich wollte, um neue Sendezeit zu schinden, wie es der Bundeskanzler ja bereits zweimal mit Erfolg getan hat.

\* \* \*

Walter Menzel - 60 Jahre

sp - Die entscheidenden Impulse für sein politisches Wirken hat Walter Menzel, der heute 60 Jahre alt wird, in der Weimarer Republik empfangen. Der Student der Staats- und Rechtswissenschaften fand sehr früh den Weg zur freiheitlichen Arbeiterbewegung. Als Schwiegersohn des unvergesslichen Carl Severing, des preussischen Innenministers im Kabinett Otto Braun, konnte er den Auf- und Abstieg der Weimarer Republik aus unmittelbarer Nähe verfolgen. Er sah wie die Weimarer Demokratie, in die Zange genommen zwischen dem Rechts- und Linksradikalismus, schliesslich zerrissen wurde und unterging. Bleibende Eindrücke aus dunklen und wirren Jahren bestimmten seine spätere politische Arbeit. Die Bundestagsbiographie vermerkt: "Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen". Walter Menzel liess sich während des "Dritten Reiches" als Rechtsanwalt in Berlin nieder, wo er, selbst stets gefährdet, manchen Gefährdeten vor dem Zugriff der Gestapo bewahrte. Die wiedererstandene Sozialdemokratie holte ihn in den Rechts- und Verfassungsausschuss des Landesrates, einige Zeit darauf in den Parlamentarischen Rat. Der Jurist Menzel trat mit einigen Verfassungsentwürfen hervor, die teilweise Niederschlag im Grundgesetz fanden. Als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen legte Menzel den Grundstein zur Verfassung des grössten und wichtigsten Landes der Bundesrepublik. Dem Bundestag gehört er seit 1949 an; ein sicherer Platz auf der Landesliste gibt die Gewähr, dass dieser hochverdiente, mehr in der Stille wirkende Mann auch für die nächste Legislaturperiode seine reichen Erfahrungen zur Verfügung stellen kann.

Walter Menzel ist Vorsitzender des Ausschusses zum Schutze der Verfassung; diese Funktion brachte ihn gerade in den letzten Jahren wiederholt in Konflikte mit dem Bundesinnenminister. Menzel hat es die deutsche Öffentlichkeit mit zu verdanken, dass die weitreichenden, das Grundgesetz aushöhlenden Notstandsgesetzesentwürfe des Herrn Schröder zunächst Papier bleiben und wohl kaum noch aus den Schubladen zur parlamentarischen Behandlung herausgezogen werden dürften.

Der jetzt 60-Jährige hat sich in der harten Arbeit im Dienst an der Demokratie nie geschont. Seine vielen Freunde müssen ihn oft drängen, auch an die Gesundheit zu denken. Diesen aktiven Mann und noblen Charakter fällt eine nur zeitweise Untätigkeit nicht leicht. Er wird auch im vierten Bundestag und als Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes wieder an sichtbarer Stelle wirken, zum Wohle unseres Volkes, dem er sich seit frühester Jugend verpflichtet fühlt und für das er alle seine Kräfte hergibt.



Moral mit doppeltem Boden

sp - Es gibt zwei radikale politische Splittergruppen in der Bundesrepublik, - die "Deutsche Reichspartei" und die "Deutsche Friedens-Union" - die sich hinter dem Rücken der grossen demokratischen Parteien die Hände reichen. Beide Parteien setzen sich in ihren sogenannten Wahlprogrammen dafür ein, dass die westliche Verteidigungsgemeinschaft zugunsten einer sehr nebulhaften "selbständigen Deutschlandpolitik" einseitig aufgelöst wird. Interessant und zugleich amüsant ist hierbei, dass die Redner beider Parteien in den Wahlversammlungen sich zwar gegenseitig beschimpfen und von sich behaupten, allein das "nationale Rezept" gefunden zu haben, gleichzeitig jedoch mit unvorstellbarer Vehemenz besonders über die Sozialdemokratie und deren Kanzlerkandidaten Willy Brandt herfallen. Die Redner und Anhänger der einen Gruppe kommen meist von den Kommunisten, die der anderen von den Nationalsozialisten.

Auf diese Weise verdient, erleben alte nationalsozialistische Vorstellungen fröhliche Urständ. Zeitweise meint man, in jene Epoche zurückversetzt zu werden, in der die rechtsradikalen Bombenleger von der "Schwarzen Front" in Schleswig-Holstein als Vorläufer der Nationalsozialisten zusammen mit Stösserigeden der kommunistischen Partei der Weimarer Demokratie zu Leibe rücken wollten. Auch ein anderes Bild wird wieder lebendig; jene Periode, in der auf der höheren Ebene Nationalsozialisten und Kommunisten im Preussischen Landtag gemeinsam gegen die sozialdemokratische Regierung von Otto Braun stimmten, während auf der unteren Ebene - in Berlin - die kommunistischen und nationalsozialistischen Gewerkschaftspalter Hand in Hand und entgegen den Beschlüssen der freien Gewerkschaften den Streik gegen die Leitung der Berliner Verkehrsbetriebe anzettelten.

Damals wie heute kämpften Rechts- und Linksradikale auf einem Boden mit doppelter Moral, Sie wollten das Fundament des demokratischen Staates zerstören und das deutsche Volk politischen Abenteuerern ausliefern. Damals wie heute beriefen und berufen sie sich auf ihre demokratischen Rechte, die zu zerstören das einzige Ziel ihrer politischen Existenz war und ist. Damals wie heute fanden und finden wir in ihren Reihen Illusionisten, abgerutschte und zum Teil existenzlos gewordene Bürger, naive Gutgläubige und Scharfmacher. Alle zusammen jedoch sind sie - ob sie es wahrhaben wollen oder nicht - Wegbereiter einer Diktatur. Wir sind jedoch sicher, dass weder der einen noch den anderen, weder den Rechtsradikalen noch den Linksradikalen, auch nur die geringste Chance am 17. September gegeben ist.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel